der ernstlichen Absicht, noch mehr herauszuschlagen, das ist allerdings nicht zweifelsohne festzustellen. Jedenfalls bietet die Großeisenindustrie alle Kraft auf, um die Eisenzölle so hoch als möglich zu gestalten und bei dem bedeutenden Einfluß der Schlotbarone werden die bürgerlichen Parteien schwerlich wagen, die Sätze, die die Regierung in den Zolltarif einstellte, zu ermäßigen. Obgleich kaum ein Posten zu finden sein wird im ganzen Werk des Herrn Posadowsky, wo so klar zu Tage tritt, daß der Zoll nur ein Geschenk für die Unternehmer ist, daß er ihnen auf Kosten der gesamten Nation fetten Gewinn abwirft und ihnen zugleich die Mittel liefert, das Vaterland durch Kartellpreise gegen das Ausland zu benachteiligen, sowie die Arbeiterschaft in drückender Abhängigkeit zu halten. Auch ist wohl keine Zollposition, abgesehen von den Lebensmittelzöllen, für das gewerbliche Leben Deutschlands von solcher Bedeutung, wie die der Eisenzölle. Aber da die Zollfragen nicht nach Vernunftsgründen entschieden werden, sondern die Stärke der Interessen den Ausschlag giebt und die Eisen-Großindustriellen die mächtigste Gruppe der Unternehmer darstellen, so haben sie für ihre Profite schwerlich zu fürchten.

Auch von den Agrariern nicht. Zwar haben die Bündler und Konservativen, ärgerlich über die mangelnde Wärme ihrer industriellen Bundesgenossen, bei der Forderung nach Erhöhung der erhöhten Lebensmittelzölle mehrfach gedroht, sie würden die Industriezölle reduzieren und namentlich die Eisenzölle. Aber den großmäuligen Worten sind niemals Thaten gefolgt und werden sie wahrscheinlich auch jetzt nicht folgen. Umsoweniger, als die Agrarier im Ernst ja gar nicht daran denken, die Getreidezölle noch über die kolossale Höhe zu bringen, in der sie sich im Zolltarif präsentieren. Zu dieser Höhe aber haben sie die Industriellen ja zugestanden und dieser Pakt auf Kosten des arbeitenden Volkes wird ehrlich gehalten werden.

Die Aussichtslosigkeit der Situation durfte natürlich die Sozialdemokratie nicht abhalten, ihren Standpunkt in der Kommission scharf zu vertreten. Genosse **Bernstein** that das in einer trefflichen Rede. Er begründete den sozialdemokratischen Antrag auf Zollfreiheit folgendermaßen:

Man sei jetzt zu einer Position gekommen, die die Grundlage für eine ganze Reihe anderer Industrien bilde. Der Zolltarif sei in sich schon hoffnungslos, da er von dem Grundsatz ausgehe, es müsse mit ihm, wie auf dem Weltmarkt gehandelt werden, man müsse anderen Staaten etwas bieten. Aber heutzutage könne man allerwärts die allgemeinen, sowie die Produktionsverhältnisse der einzelnen Staaten, so daß ein gegenseitig verfluchtes Verschachern lächerlich sei. Der Zoll auf Roheisen sei sozusagen die Existenz der deutschen Zollwirtschaft, die Eisenzölle hätten weitere Zölle nach sich gezogen. Deshalb hätten die Sozialdemokraten die Pflicht, gerade bei dieser Position Zollfreiheit prinzipiell zu fordern. Eine Reihe von Faktoren ermöglichten es, auf den Zoll zu verzichten. Die technische Entwickelung ermögliche der deutschen Eisenindustrie günstigen Bestand. Dann könne man die Transport- und Produktionsverhältnisse verwerten und ihr so die Zufuhr der Roh- und Hilfsstoffe wohlfeiler machen. Ferner könnte die Zollpolitik daran, daß man Rohstoffe verteuere und dann Halb- und Ganzfabrikate eventuell mit Zöllen zu belegen sich genötigt sehe. Man führe auch die sozialen Lasten hier wieder als einen Grund für höhere Zölle an, aber dieser Grund sei hinfällig. Die gefürchtete Konkurrenz drohe aus den Ländern, in denen hohe Löhne gezahlt werden, höhere als in Deutschland, wo die „sozialen Lasten" nur einen sehr niedrigen Betrag erforderten.

Das Syndikatswesen verwerfe Redner nicht grundsätzlich. Syndikate könnten zur Regelung der Produktion sehr viel beitragen, ja sie könnten vorbereitend für eine höhere Form der Produktion, der gesellschaftlichen, wirken. Aber im Syndikatswesen liege die große Gefahr des Mißbrauchs kapitalistischer Macht. Und dieser Mißbrauch sei bereits zu konstatieren, die Preistreiberei sei heute ein Merkmal der Syndikatswirtschaft. Der Zoll fördere sie. Auch aus diesem Grunde müsse man sich gegen den Zoll wenden, zumal das Roheisensyndikat nicht die erreichbaren Fortschritte auf technischem Gebiet zu verzeichnen habe. Fahre man in der Forderung einer solchen Zollpolitik fort, dann schwinde man verschiedenen großen Industrien das Todesurteil und schädige die ganze Produktion. Redner weist dann auf die Handelsstatistik, ferner auf die Arbeiterverhältnisse in der Eisenindustrie, speziell in Breslau, hin, die auf Zollfreiheit hindrängten. Ferner zeigten auch die Dividenden in der Eisenindustrie, daß sie keinen Zoll benötige. Gingen wir daran über, unsere Verkehrsverhältnisse zu verbilligen, dann würde die deutsche Industrie in noch höherem Maße prosperieren. Dann könne man auch zu gesünderen Vertragsverhältnissen gelangen. Aus an diesen Gründen müsse Zollfreiheit eintreten; lehne die Kommission Zollfreiheit ab, müsse sie die vorliegenden Anträge auf Herabsetzung der Zölle annehmen, das sei das Allermindeste, was sie thun könne. Gehe man bei der Eisenindustrie derartig vor, dann käme man auch zu einem besseren internationalen Verkehr. Redner referiert dann und kritisiert die Zölle auf die Einzelpositionen.

Nach Bernstein sprach dann noch der Freisinnige **Gothein** über seine Anträge die eine Zollermäßigung bei einigen Positionen wollen. Er sagte:

Die Frage sei, ob im Interesse der deutschen Gußeisenindustrie ein Zoll nötig sei. Möglichst sei der Verbrauch des Produkts im Inlande. Der Verbrauch werde aber eingeengt durch Verteuerung des Produkts, die die Syndikate betrieben haben. Nun die Konjunktion momentan sei, müsse natürlich auch die Produktion steigern. Die Frage der Zölle sei dabei irrelevant. Redner geht auf die Lage der deutschen Eisenindustrie gegenüber der in andren Staaten näher ein und konstatiert, daß England der beste Abnehmer deutscher Eisenwaren sei, es nehme fast einen Achtstel ca. 30 Proz. der deutschen Eisenausfuhr auf. „Die amerikanische Gefahr" behandelt Redner als eine Fiktion. Eine erschreckende Einfuhr amerikanischer Eisenwaren sei nicht zu befürchten. Unsere Ausfuhr von Roheisen und Halbeisen habe sich im Verkehre bedeutend gehoben. Es könne auch nicht die Aufgabe der Zollpolitik sein, einer momentan ungünstigen Lage aufzuhelfen, die durch die Syndikatswirtschaft unerträglicher gestaltet worden sei. In einer Zeit wirtschaftlichen Tiefstandes die Preise durch Zölle künstlich zu erhöhen, sei doppelt gefährlich, denn dadurch werde der Konsum im Innern herabgedrückt. Redner schließt: Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Zölle!

Damit schloß die Debatte, die Konservativen haben ihre Stellung noch nicht verlassen lassen; sie geht aber wohl schon daraus mit ziemlicher Sicherheit hervor, daß sie, im Gegensatz zu ihren früheren Kundgebungen, keine Anträge auf Zollermäßigung eingebracht haben. Der Pakt hält!

Unglaublichen Optimismus

offenbart wieder einmal die freisinnige Presse. Die Voss. Ztg. sieht den Zolltarif schon völlig beseitigt, weil der Regierung die Rüstung zu schwer wird, weil sich die Interessenten nicht einigen können usw. Der Zolltarif, so phantasiert sie, muß an seiner eigenen Unvernunft notwendig zu Grunde gehen, der Beihilfe der Opposition bedarf es gar nicht. Das aber muß dem Volke unverschleiert gezeigt werden, es muß sehen, daß nicht an dem Widerstande, an der Obstruktion der Opposition das Werk gescheitert ist, sondern daß der Wurm im eigenen Gifte gestorben ist. Und deshalb hält sie die sozialdemokratische Taktik in der Zolltarifkommission für ganz falsch. Man müsse darauf bedacht sein, die Beratungen bald aus der Sumpfluft der Kommission in die frische Luft der Plenarverhandlungen zu bringen, damit Klarheit werde. Die Sozialdemokraten aber arbeiteten durch ihre stetigen, ganz aussichtslosen Anträge auf Zollfreiheit dem entgegen und das sei ganz unverständig und unverständlich.

Die gute Tante Voß, die übrigens in diesem Falle die Gefühle der ganzen freisinnigen Presse auszusprechen scheint, hat sich bei ihrem ehrwürdigen Alter einen wahrhaft kindlichen Sinn bewahrt! Weil dem „göttlichen Dulder" Posadowsky einmal die Geduld riß, weil sich die Interessenten kabbeln und die Einheit der Regierung zeitweilig aus dem Leim ging, deshalb soll der Zolltarif tot sein! Wie die schlauen Agrarier über diese Weisheit gelacht haben mögen. Die Vossin wird ihr blaues Wunder erleben, wenn plötzlich, in wenigen Tagen, alle diese Differenzen beigelegt sind und der Zolltarif so lebendig geworden ist, daß die freisinnige Partei dagegen ein Mumienkabinett ist! Es ist einfach Kinderglaube, anzunehmen, daß sich die herrschenden Klassen Deutschlands den fetten Zollhappen wirklich entgehen lassen würden, weil sie sich über die Verteilung nicht einigen könnten oder weil sie ein einmal gesprochenes Wort nicht zurücknehmen wollten! Die Gefahr, daß der Wuchertarif Gesetz wird, ist noch lange nicht abgewendet, sie wird vielmehr von Tag zu Tag brennender, je weiter die Verstopfung des Zolltarifs vorrückt. Und deshalb hat die sozialdemokratische Partei gar keine Veranlassung, den Zollwucherern das Spiel zu erleichtern, indem sie mit gekreuzten Armen ihrem Zerstörungswerke zuschaut. Sie hat gar keine Veranlassung, von ihrem guten Recht, bei jeder Position ihren Standpunkt darzulegen, auch nur ein Titelchen aufzugeben, und sie wird sich wohlweislich hüten durch ihr Schweigen vielleicht sich zu Mitschuldigen zu nehmen daran, daß es den Zollwucherern doch noch gelingt, die Entscheidung über den Tarif den Wählern vorweg zu machen. Daß diese Gefahr vorhanden ist, daß sie geradezu brennend, das zeigt eine Meldung, die jetzt aus Berlin kommt. Sie lautet:

Die Führer der Majoritätsparteien in der Zolltarifkommission beabsichtigen, wie nunmehr bekannt wird, die erste Lesung bis zum 8. August zu beendigen. Dann soll in einer Geschäftsordnungsdebatte festgelegt werden, ob die zweite Lesung beginnt, oder ob eine größere Pause gemacht wird. Die Staatsregierung wird nach Beendigung der ersten Lesung sich sofort darüber schlüssig machen, welche von der Kommission vorgenommenen Aenderungen des Tarifs sie akzeptieren kann, und welche nicht, und sie wird sodann voraussichtlich vorschlagen, in der zweiten Lesung nur noch diejenigen Positionen zu diskutieren, über die bisher keine Einigung erzielt wurde.

Wem diese Notiz nicht die Augen öffnet, der muß wahrlich blind sein. Mag deshalb die freisinnige Partei sich den Kopf über die unverständliche sozialdemokratische Taktik zerbrechen, die Sozialdemokratie wird ruhig an ihr festhalten, in dem Vertrauen, daß sie dem Volke durchaus verständlich sein wird. Die Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß sie ihre Aufgabe als Volkspartei erfüllt, wenn sie die Durchpeitschung der Zolltarifvorlage zu verhindern sucht, damit das Volk selbst das Urteil darüber spricht.

Deutsches Reich.

Berlin, 26. Juli. In der Zolltarifkommission wurden am Freitag die Silberzölle nach der Vorlage angenommen. Dann wurde in die Beratung der Eisenzölle eingetreten, jedoch die Diskussion um 12 Uhr, bevor eine Abstimmung erfolgt war, abgebrochen.

Max Lorenz hat Pech. Seine neueste Denunziation wider die Sozialdemokratie zieht nicht. Außer der Kreuzzeitung und der Post fällt — abgesehen von kleinen Provinzkläffern — kein Blatt darauf herein. Und ein so wohlunterrichtetes Ordnungsblatt, wie die Nat.-Zeitung giebt der Kreuzzeitung auf ihre feierliche Frage:

„Was gedenken gegenüber dieser Gefahr die leitenden Männer zu thun, die in erster Linie berufen sind, vor Gott und der Geschichte die Verantwortlichkeit für die Sicherheit des Vaterlandes zu tragen?"

die trockene Antwort: „Wir halten fast sicher, daß sie gar nichts zu thun gedenken."

Und die Post hatte gar von „Erhebung zum Hochverrat" gefaselt! Es hat nichts geholfen. Armer Max Lorenz!

Die Veröffentlichung der Dreibundsverträge, die die Nat.-Zeitung verlangte, ist zwar nicht erfolgt, dafür aber giebt die Köln. Ztg. einige offenherzig offiziöse Aeußerungen zu den bekannten Wiener „Enthüllungen". Die Kölnische versichert krampfhaft, daß die Verlängerung des Dreibundes, ohne die allergeringste Veränderung erfolgt und daß auch nicht ein i-Punkt geändert worden sei. Richtig ist dagegen, daß schon vor einer Reihe von Jahren eine früher abgeschlossene militärische Abmachung, welche die Verwendung italienischer Truppen in Deutschland zusammen mit der deutschen Operationsarmee gegen Frankreich „vorsehe, wieder aufgehoben wurde. Diese Aufhebung die mit der politischen Seite des Dreibundes gar nichts zu thun habe, sei seiner Zeit lediglich aus militärischen Gründen erfolgt, lange bevor über eine Verlängerung des Dreibundes verhandelt wurde. Dabei sei die Erwägung maßgebend gewesen, daß auf dem Umwege über den Brenner kommende italienische Truppen zu spät auf dem Kriegsschauplatze eintreffen würden, um bei den ersten für den Ausgang des Krieges voraussichtlich den Ausschlag gebenden militärischen Aktionen wirksam mit eingreifen zu können. Eine Bestimmung über eine Verpflichtung Italiens, im Falle eines Krieges zwischen Oesterreich und Rußland ein Armeekorps durch Ungarn an die rumänische Grenze zu senden, habe niemals im Dreibunde gestanden und konnte daher auch nicht gestrichen werden. Von einer außerhalb des Dreibundes stehenden Seite seien allerdings Anstrengungen gemacht worden, „um Aenderungen in dem Vertrage herbeizuführen. Diese Anstrengungen schlugen vollständig fehl, und der Dreibundvertrag hat heute denselben Wortlaut und dieselbe politische Bedeutung, wie am Tage seines Abschlusses, d. h. die Dreibundmächte sind gehalten, sich beim Eintritt gewisser Möglichkeiten mit ihrer ganzen Macht militärisch beizustehen. So wenig, wie dieser Vertrag durch 20 Jahre hindurch als eine Falle angesehen wurde, ebenso wenig ist er es jetzt, trotz aller beharrlichen Versuche, die gegenwärtig unternommen werden, um ihr seiner Bedeutung zu entkleiden. So wie er war, besteht er noch wie vor." Die offiziöse Aeußerung in der Köln. Ztg. schließt alsdann allerdings:

„Ob und welche Militärkonventionen heute noch vorhanden sind, wissen wir nicht. Neben der politischen Bedeutung des Vertrages, die, wie gesagt, für gewisse Fälle volle gegenseitige militärische Unterstützung bedingt, haben militärische Konventionen nur etwa die Bedeutung von technischen Ausführungsbestimmungen. Das sollte im Laufe der Jahre sich entsprechend den wechselnden militärischen Notwendigkeiten ändern oder teilweise ganz in Wegfall kommen können, ist durch eine ganze Reihe militärischer Gründe bedingt und hat keinen Einfluß auf die politische Tragweite des Vertrags und die militärischen Folgerungen, die sich im gegebenen Augenblick aus ihm ergeben würden. Daß die Dreibundmächte zu gegenseitiger Unterstützung verpflichtet sind, war und bleibt die Hauptsache. Das Wie wird sich zu einer Zeit, deren Eintritt wir nicht erhoffen und zur Zeit auch nicht voraussehen, schon ergeben."

Daß der Dreibundsvertrag denselben Wortlaut hat, wie vordem, glauben wir schon. Die weitere Versicherung, daß er auch noch dieselbe politische Bedeutung wie früher habe, ist indes etwas weniger glaubwürdig. Siehe die Extratourrede Bülows!

Noch ein Kanalprojekt. Ein neues Kanalprojekt ist in Bremen aufgetaucht. Der Oberbaudirektor Franzius hat im Auftrage des Senats ein Kanal- und Hafenprojekt ausgearbeitet, das zur Verbindung der Seeschiffahrt mit der Binnenschiffahrt auf der Weser und dem Mittellandkanal dienen soll. Der geplante Kanal soll von der Oberweser durch die Neustadt nach der Unterweser führen. Der Bau des Kanals ist jedoch nur dann ins Auge zu fassen, wenn die Aussichten des Mittellandkanals gesichert sind. In diesem Falle würde die in Bremen durchzuführende neue Wasserstraße eine wichtige Verbindung des von dem Mittellandkanal berührten Hinterlandes mit der See und eine wesentliche Erleichterung des großen Verkehrs bewirken. — Wenn Bremen nur nicht gar lange auf „diesen Fall" warten muß.

Und Podbielski sprach doch. Die dementierte Pfifferlingsrede des schneidigen Landwirtschaftsministers ist inzwischen durch die verschiedensten Einwände und Zugeständnisse über allen Zweifel erhärtet worden. Die Voss. Ztg. bringt jetzt noch folgende interessante Details:

Als der Minister sich erhob, um auf die ihm gewidmete Ansprache zu erwidern, fragte er zunächst: „Sind wir unter uns?" Der Vorsitzende, Oberst v. Wissel, prüfte nochmals die Tafelrunde, und erst als er jeden gewogen und keinen zu leicht befunden hatte, antwortete er: „Ich bitte Exzellenz, zu reden." Und dann hat Exzellenz geredet und zwar von dem nach dem Staate schreien, vom alten Zopf, vom Schweinevieh, von den Fußtritten der Sozialdemokratie und vom Pfifferling der Regierung. Jawohl, vom Pfifferling — alle Blätter der agrarischen Presse beißen diesen Faden nicht ab. Von anderer Seite wird berichtet, daß der Minister am Eingang seiner Rede bemerkt habe, „wir sind ja hier unter uns, da kann ich mich also etwas freier aussprechen". Auf den darauf folgenden vielfachen Ruf: „Thür zu!" wurden die Thüren zugemacht.

Die bayrische Regierung für die Reichstagsdiäten — unter gewissen Bedingungen! In der Abgeordnetenkammer beantragte am Freitag Genosse Abg. Ehrhardt namens der sozialdemokratischen Fraktion beim Etat für Reichszwecke: Es solle die Position für Kosten der Vertretung im Bundesrat und die auf die Vertreter der Regierung entfallenden Diäten so lange gekürzt werden, als die Reichstagsabgeordneten keine Diäten erhalten. — Finanzminister v. Riedel erklärt namens der bayrischen Regierung, daß sie einer Abänderung des Artikels 32 der Reichsverfassung nicht grundsätzlich entgegentrete, sondern unter gewissen Voraussetzungen für eine solche Abänderung stimmen werde. Er wolle aber daran erinnern, daß auch der Reichsverfassung ein Antrag im Bundesrat als abgelehnt gelte, wenn 14 Stimmen dagegen seien. Er glaube, daß seine Erklärung eine entgegenkommende sei und bitte, den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen, da Bayern im Bundesrat doch vertreten sein müsse. — Auf die Bemerkung des Abg. Ehrhardt, daß diese Erklärung nicht klar genug sei, erwidert der Finanzminister, Bayern werde keine Bedingungen stellen, die eine Verständigung von vornherein unmöglich machen würden. — Abg. Dr. Sändler (Zentr.) schließt aus dieser Bemerkung des Ministers, daß die Regierung nicht für eine Beschneidung des allgemeinen, geheimen, direkten Wahlrechts stimmen werde. Bayern müsse allerdings im Bundesrat vertreten sein, aber es dürfe auch den Vertretern des Volkes nicht erschwert werden, im Reichstag zu erscheinen. Der gegenwärtige diätenlose Zustand sei unhaltbar. Redner ist aus staatsrechtlichen Gründen gegen die Annahme des Antrags Ehrhardt. — Abg. Ehrhardt zieht seinen Antrag zurück, nachdem der Zweck erreicht worden sei, der Regierung Anlaß zu einer Erklärung zu geben und weil ferner die Ablehnung des Antrags sicher sei und er sich das Recht vorbehalten wolle, den Antrag in der nächsten Session wieder einzubringen, wenn die Regierung ihre Schuldigkeit nicht thue. — Abg. Wagner, der Vizepräsident der liberalen Fraktion, erklärt, daß er sich zur Sache nicht mehr äußern wolle, nachdem der Antrag zurückgezogen sei.

Ein Protest gegen die Fleischwucherzölle. Der Fleischerverband hat auf dem Verbandstage in Stuttgart eine Resolution angenommen, welche energisch Protest einlegt gegen die von der Zolltarifkommission des deutschen Reichstags gefaßten Beschlüsse betr. die Höhe der Fleisch- und Viehzölle, besonders gegen die Erhebung derselben nach Lebendgewicht. In diesen Beschlüssen erblickten die Fleischer eine ernstliche Gefährdung des deutschen wirtschaftlichen Lebens und erhoffen bestimmt, daß der deutsche Reichstag ohne Berücksichtigung von Sonderinteressen einen den thatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Beschluß über die Höhe der Zölle fassen wird.

Die Kieler Professoren sorgen dafür, daß ihre Blamage in der Simplicissimusaffäre nicht ins Vergessen gerät. Die Schleswig-Holst. Volksztg. schreibt: Von dem Feldzug Kieler Professoren gegen den Simplicissimus, über dessen exzessive Einzelheiten gestern die Schles.-Holst. Volksztg. ausführlich berichtet hatte, hat außer der gesamten deutschen Presse, ohne Unterschied der Parteirichtung, Notiz genommen und der Tragikomödie die gebührende Würdigung zu teil werden lassen. Von der leisen Ironie bis zum grimmigsten Hohn ist die ganze Skala der Aeußerungen seiner Verachtung, die dem Kulturmenschen beseelt bei direkten Beleidigung zur Verfügung stehen, in diesen Preßstimmen zum Ausdruck ge-

---

fühlen dem Manne meine Hand nicht reichen kann; ich behandle Dich wie einen Mann, wie Du hörst, und spreche offen mit Dir."

Achim fühlte sich zwar von den Schlußworten ein wenig gekränkt, aber im übrigen sah er alles ein und stand fasen ganz auf Johannas Seite; er faßte sie zärtlich um den Leib und fragte recht eindringlich:

„Du bist verliebt, kleine Schwester? Erzähle mir nur alles, ich werde Dich nicht zwingen lassen!"

„Ja, großer Bruder, ich war verliebt, und es ist mir recht schlecht dabei gegangen; ich danke Dir für Deine Hilfe, ich werde Dich unterstützen, denn ich werde mich allein nicht zwingen lassen!"

Jetzt trat die verwitwete Kriegsrätin hochaufgerichtet aus dem dunklen Salon heraus.

Sie hatte von ihrem Rechte Gebrauch gemacht und das Gespräch der Geschwister belauscht; Achim mochte ihr noch nicht ganz reif als Haupt der Familie erscheinen, denn sie stellte sich würdevoll vor Johanna hin und sagte:

„Achim ist zu gutmütig und läßt sich von Dir betrügen. Ich sehe, ich muß Ernst machen; nach dem, was Du begangen hast, darfst Du nicht wählerisch sein. Sei froh, daß Herr von Herne Dich noch will!"

Achim sprang entrüstet auf.

„Mama," rief er erregt, „Du scheinst zu vergessen, daß Johanna es für Dich und für mich begangen hat, und daß wir beiden die letzten sind, welche das Recht haben, ihr Vorwürfe zu machen! Ich habe versprochen, sie zu schützen, ich halte mein Wort!"

Die Kriegsrätin wandte sich gegen ihren Sohn.

„Bedenke, daß Du ein Offizier bist; die Schande muß um jeden Preis wieder ausgelöscht werden!"

Johanna war starr sitzen geblieben; verwundert, ja beinahe belustigt, blickte sie bald auf die Mutter, bald auf den Bruder.

„Ja, was habe ich denn so entsetzliches begangen?" sagte sie ruhig. „Darf eine adelige Dame keine Noten abschreiben, wenn sie Hunger hat? Darf sie keine Thonfiguren bemalen, wenn sie sich zum Winter ein warmes Wollenkleid kaufen will?"

„Sprich nicht davon," rief die Kriegsrätin heftig. „Ich habe es geduldet, aber ich will nicht davon sprechen hören; es mag ja auch durchgehen, aber Du hast Dich vergessen, als Du Dich zum Malermodell hergabst!"

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020726/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG